



Ohne Teilhabe keine Integration. Ohne Integration keine Perspektive. Ohne Perspektive keine Zukunft.

Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen stellt ihren Entwurf für ein Bundespartizipationsgesetz vor.

Berlin, 24.08.2021

Deutschland ist eine Migrations- und eine Einwanderungsgesellschaft. 26% der Menschen, die hierzulande leben, haben einen sog. Migrationshintergrund. Eine gleichberechtigte Teilhabe, wie sie im Grundgesetz prinzipiell angelegt ist, existiert zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Die Realität ist geprägt von einem Bundeskabinett, das keine einzige Person mit Rassismuserfahrung beinhaltet und von Chefetagen, die immer noch überwiegend weiß, männlich und westdeutsch sind. Menschen mit Migrationsgeschichte haben aufgrund von strukturellen Benachteiligungen immer noch schlechtere Bildungsaussichten, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, im Gesundheitssystem, um nur einige Bereiche aufzuzählen.

Das Versprechen, dass Leistung sich auszahlt, wird offensichtlich nicht für alle Menschen eingelöst. Diese mangelnden Teilhabechancen haben gravierende Konsequenzen für alle Menschen in Deutschland, da sie mit hohen Folgekosten verbunden sind und sich negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken. Denn wenn große Teile der Gesellschaft nicht in der Öffentlichkeit auftauchen, wenn sie nicht repräsentiert sind und nicht teilnehmen können, dann entstehen auf Dauer Widerstand, Frust und Resignation. Auf der anderen Seite bleiben rassistische Narrative fortbestehen, eben weil angenommen wird, dass Menschen mit Migrationsgeschichte sich gesellschaftlich nicht einbringen und dieses Land nicht voranbringen möchten.

Deshalb schlägt die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO) ein Gesetz vor, das allen zugewanderten Menschen bzw. Menschen mit Diskriminierungserfahrung und Deutschland insgesamt eine Perspektive gibt, deren Potenziale für das gemeinsame Wohl und den Zusammenhalt einzubringen:

[Das Bundespartizipationsgesetz \(BPartG\).](#)

Michael AlliMadi, Vorsitzender der AG BPartG und Mitglied im Vertreter*innenrat der BKMO, erklärt:

„Das Ziel, auf Bundesebene ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, gab es bereits 2013. Damals hatte die Türkische Gemeinde in Deutschland einen ersten Gesetzesentwurf vorgelegt. Die Politik schien zu dieser Zeit allerdings für einen Paradigmenwechsel von defizitorientierter Integrationspolitik hin zu einer echten Teilhabepolitik noch nicht bereit. Die BKMO wirbt seit ihrem Bestehen dafür, eine gesetzliche Grundlage für Teilhabe in der Migrationsgesellschaft zu schaffen und hat, unterstützt durch Prof. Dr. Thomas Groß, einen überarbeiteten Entwurf fertiggestellt. Wir sind stolz, dass acht Jahr nach dem ersten Entwurf immerhin drei Parteien (SPD, Linke und Grüne) das Bundespartizipationsgesetz in ihren Wahlprogrammen explizit aufgenommen haben und dass wir auch bei der FDP und in der CDU deutlich Bewegung sehen, was die Anerkennung der Notwendigkeit einer besseren Teilhabepolitik für Menschen mit Migrationsgeschichte betrifft.“

Warum braucht es ein solches Gesetz auf Bundesebene?

Das Bundespartizipationsgesetz möchte die „tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Personen mit Migrationsgeschichte und Personen mit Diskriminierungserfahrung“ erwirken und „Strukturelle Benachteiligungen [...] beheben“.



Galina Ortmann, Vorsitzende der AG BPartG und Sprecherin der BKMO, erläutert hierzu:

„Uns geht es darum, unser Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft zu stärken und dafür zu sorgen, die notwendigen Schritte für wirkliche Teilhabe auf der einen und den Schutz vor rassistischer Diskriminierung auf der anderen Seite anzustoßen und umzusetzen: Vorgeschlagene Maßnahmen sind bspw. Quoten entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung für die Öffentliche Verwaltung und öffentlichen Gremien auf Bundesebene, die Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts und das Verbot von diskriminierenden Datenerhebungen insbesondere durch racial profiling.“

„Wir wollen weg von Angstdebatten, die Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte mit einer Defizitbrille betrachten. Stattdessen möchten wir hin zu einer Realität, in der diese Menschen sich in allen Bereichen der Gesellschaft einsetzen können, ohne von gläsernen Decken und institutionellen Ausschlüssen aufgehalten zu werden. Wir brauchen echte Repräsentanz und echte Teilhabe. Denn ohne Teilhabe entsteht keine Integration und ohne Integration gibt es keine Perspektive für die Menschen, die selbst oder ihre Familien zugewandert sind bzw. Diskriminierung erfahren. Die Menschen mit Migrationsgeschichte haben dieses Land mit aufgebaut und tragen diese Gesellschaft auch heute. Wir sind jeder und jede Vierte und fordern endlich eine gesetzliche Grundlage, die das Versprechen unserer Verfassung auch für uns einlöst.“ - so AlliMadi abschließend.

Die Inhalte des Gesetzes wurden seit 2017 sukzessive und in engem Austausch mit Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft und Migrant*innenorganisationen erarbeitet. Zentral war auch die Auswertung der Gesetze, die es auf Landesebene bereits gibt.

Der „[Entwurf des Gesetzes zur Förderung von Teilhabe und Partizipation und zur Bekämpfung der rassistischen Diskriminierung \(Bundespartizipationsgesetz\)](#)“ wurde im Auftrag der BKMO durch Prof. Dr. Thomas Groß, Universität Osnabrück, erstellt.

Pressekontakt:

Galina Ortmann und Michael AlliMadi

info@bk-mo.de

01520 6862206

26% der Menschen in Deutschland haben Migrationsgeschichte und brauchen eine Stimme: Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) ist ein Zusammenschluss von rund 70 Migrant*innenorganisationen mit dem bundespolitischen Anspruch, als Ansprechpartner von Bundestag und Bundesregierung politische Impulse zu setzen und zu einer zukunftsgewandten, alle umfassenden und teilhabeorientierten Politik beizutragen. www.bundeskonferenz-mo.de

Der Vertreter*innenrat der BKMO

Michael AlliMadi, Panafrikanische Organisation; **Ehsan Djafari**, Iranische Gemeinde in Deutschland e.V.; **Sami Dzemailovski**, Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege Empowerment und Diversity; **Meral El**, neue deutsche organisationen e.V.; **Dunja Khoury**, Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine; **Mamad Mohamad**, Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.; **Marianne Ballé Moudoubou**, Pan African Women's Empowerment and Liberation Organisation; **Galina Ortmann**, Bundesverband interkultureller Frauen BiFeV; **José Manuel Paca**, Dachverband der Migrantorganisationen in Ostdeutschland; **Dr. Kamila Schöll-Mazurek**, Polnischer Sozialrat e.V.; **Susanna Steinbach**, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.; **Karen Taylor**, Each One Teach One (EOTO) e.V.; **Efe Ural**, Young Voice TGD e.V.